

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Claudia Angela Gamon MSc (WU), Dr. Matthias Strolz und Kollegen

betreffend der Ermöglichung umfassender pädagogischer Autonomie

eingebraucht im Zuge der Debatte über den Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (820 d.B.): Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlages für das Jahr 2016 (Bundesfinanzgesetz 2016 - BFG 2016) samt Anlagen (891 d.B.) - TOP 6 - UG 30

Es ist prinzipiell erfreulich, dass bei den aktuellen Vorschlägen bezüglich der Reformierung des Schulsystems auch die Frage der pädagogischen Schulautonomie mitberücksichtigt wurde. Im Reformpapier heißt es dazu: *„Die Ermöglichung schulautonomer Schwerpunktsetzungen und die Autonomie im Bereich der Stundentafel des Lehrplans innerhalb qualitätssichernder Bandbreiten werden ausgebaut. Autonome Abweichungen der Lehrpläne sind je nach Schultyp und Schulstufe im Ausmaß von bis zu 33% möglich.“*

Die Reglementierung eines autonomen Korridors mit Prozentzahlen scheint uns problematisch. Wir möchten diesem Ansatz eine andere Perspektive entgegenhalten. Aus unserer Sicht steht im Kern der pädagogischen Autonomie ein wertschätzender, vertrauens- und zugleich anspruchsvoller Blick auf die Rolle des Lehrers/der Lehrerin als Expert_innenberuf. Lehrer_innen sind Pädagogik-Profis und „Bildungsexpert_innen der Praxis“, die eigenverantwortlich pädagogische Entscheidungen treffen können sollen. Dabei sind sie nicht allein, sondern eingebettet in ein Team, in eine Schule als lernende Organisation, in eine Profession. Echte pädagogische Autonomie gibt Schulen die umfassende Freiheit, pädagogische Modelle und didaktische Konzepte autonom festzulegen, ebenso wie die Profilbildung durch Curricula und Lehrpläne, die Jahrgangstruktur (altershomogene oder -heterogene Lerngruppen), die Klassen- bzw. Gruppengrößen je Fach und Schulstufe, die Struktur der Unterrichtszeit sowie die Lehrmittel und -methoden.

Die Aufgabe der Politik ist es in diesem Zusammenhang, einen fixen Rahmen für Freiräume zu schaffen, gemeinsame Zielvorgaben auszugeben und deren Erreichung zu begleiten und zu evaluieren. Wir schlagen hier die Einführung der „Mittleren Reife“ vor. Es kann nicht Aufgabe der Politik sein, die Lehrerinnen und Lehrer in der Ausübung ihrer Profession detailreich zu reglementieren. Die Politik hat sich auf die Definition eines klaren Handlungsrahmens zu konzentrieren und darüber hinaus hat sie den Respekt vor der Autonomie dieser Expert_innen-Profession zu fördern.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

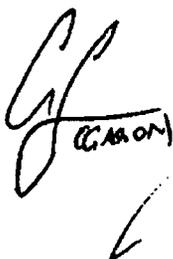
Der Nationalrat wolle beschließen:

"Die Bundesministerin für Bildung und Frauen wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass ehest möglich alle notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden, um umfassende pädagogische Freiheit an allen Schulstandorten und in allen Schularten zu ermöglichen. Das Professionsverständnis der Lehrerinnen und Lehrer als Expertinnen- und Expertenberuf ist umfassend zu fördern und durch einen klaren Handlungsrahmen zu gewährleisten. Damit einhergehend sind gemeinsame Zielvorgaben zu formulieren, deren Umsetzung und Erreichung begleitet und evaluiert werden sollen."


(Storz)

N. Seiner
(SCHERER)






(LOACKER)

